

# Kantonale Volksabstimmung vom 28. November 2021

Erläuterungen des Regierungsrats

## Nachtrag zum Gesundheitsgesetz

Informationen zur Vorlage	Seiten	3 - 14
Abstimmungsvorlage	Seiten	15 - 40



Kanton  
Obwalden



---

## Abstimmungsvorlage

Nachtrag zum Gesundheitsgesetz

---

## Abstimmungsfrage

**Die Abstimmungsfrage lautet:**

Wollen Sie den Nachtrag zum Gesundheitsgesetz annehmen?

---

## Abstimmungsempfehlung

Regierungsrat und Kantonsrat empfehlen, den Nachtrag zum Gesundheitsgesetz anzunehmen.

Abstimmung im Kantonsrat:

 Ja: 51

| Nein: 0

| Enthaltungen: 0

---

## In Kürze

Der Gesundheitsbereich befindet sich in einem steten Wandel. Das geltende Gesundheitsgesetz stammt aus dem Jahr 2015. Seither haben sich zahlreiche Vorschriften des Bundes geändert. Eine Modernisierung ist notwendig. Damit das kantonale Gesundheitsgesetz wieder mit dem übergeordneten Bundesrecht übereinstimmt, wird es mit dem Nachtrag **auf den neusten Stand gebracht**.

Ausgangslage

Der Nachtrag betrifft auch das Thema Impfen. Die Zuständigkeit, bei erheblicher Gefahr Impfungen von gefährdeten Bevölkerungsgruppen, von besonders exponierten Personen und von Personen, die bestimmte Tätigkeiten ausüben, für obligatorisch zu erklären, liegt bereits heute beim Regierungsrat. Diese Regelung wird nicht neu eingeführt und ist nicht Bestandteil des Nachtrags.

Impfobligatorium  
nicht Teil des Nachtrags

Das Bundesrecht verpflichtet den Kanton, bei Bedarf die notwendige Infrastruktur für öffentliche Impfungen bereitzustellen. Bei öffentlichen Impfungen gilt es, innert kurzer Zeit möglichst viele Impfungen durchführen zu können. Der Kanton muss die entsprechende Infrastruktur schaffen. Ein aktuelles Beispiel ist das kantonale Corona-Impfzentrum. Zuständig hierfür ist neu nicht mehr das Finanzdepartement, sondern der Regierungsrat.

Öffentliche Impfungen

Impfobligatorium und öffentliche Impfungen führen nicht zu einem Impfwang. In der Schweiz und im Kanton darf niemand gegen seinen Willen geimpft werden.

Kein Impfwang

Die meisten Änderungen im Nachtrag sind vom übergeordneten Bundesrecht vorgegeben und damit für den Kanton verbindlich. **Um Widersprüche und Regelungslücken zu vermeiden, wird das kantonale Gesundheitsgesetz angepasst.**

Anpassung an übergeordnetes Recht

Schwerpunkte des Nachtrags sind Präzisierungen im Bewilligungswesen, die Schaffung der Grundlagen für elektronische Patientendossiers, die Abgrenzung von Zuständigkeiten sowie

Schwerpunkte

die stufengerechte Zuweisung von Aufgaben nach den Vorgaben des übergeordneten Bundesrechts.

Wie bisher können Gesundheitsfachpersonen und Gesundheitsinstitutionen zur Mitwirkung bei der Bekämpfung von übertragbaren Krankheiten verpflichtet werden. Neu wird ausdrücklich festgehalten, dass die entstehenden Kosten ersetzt werden, soweit sie nicht anderweitig gedeckt sind. **Eine Mitwirkung ohne Entschädigung sieht der Nachtrag nicht vor.**

Keine entschädigungslose Mitwirkung

Damit Einrichtungen mit einem hohen Übertragungsrisiko (z.B. Schulen oder Heime) die notwendigen Schutzvorkehrungen vor übertragbaren Krankheiten treffen können, dürfen Behörden und beigezogene Gesundheitsfachpersonen notwendige Personen- und Gesundheitsdaten weitergeben. Es muss vermieden werden, dass aus Gründen des Datenschutzes nicht auf eine schwerwiegende Gefahr hingewiesen werden darf.

Bekanntgabe von Daten

Bei Ablehnung des Nachtrags bliebe das geltende Recht in Kraft. Der Vollzug des Gesundheitsrechts würde erschwert und die bisherigen Zuständigkeiten blieben bestehen. So wäre beispielsweise für die Schaffung der Infrastruktur für öffentliche Impfungen wie bisher allein das Finanzdepartement zuständig.

Auswirkung einer Ablehnung

Gegen den Nachtrag zum Gesundheitsgesetz wurde das Referendum ergriffen. Deshalb kommt es zu einer Volksabstimmung.

Referendum

Der Regierungsrat und der Kantonsrat (51 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen) empfehlen ein **JA zum Nachtrag zum Gesundheitsgesetz.**

Regierungsrat und Kantonsrat empfehlen ein JA

---

## Im Detail

### Ausgangslage

Das geltende Gesundheitsgesetz stammt aus dem Jahr 2015. Aufgrund der hohen Dynamik im Gesundheitswesen mit zahlreichen Änderungen des Bundesrechts, müssen die gesetzlichen Grundlagen des Kantons wieder auf den neusten Stand gebracht werden. Das kantonale Recht muss möglichst zeitnah auf die bundesrechtlichen Vorgaben abgestimmt werden. Es gilt, die Zuständigkeiten klar zu regeln sowie Widersprüche und Unklarheiten zu vermeiden.

Gesundheitswesen  
im Wandel

### Schwerpunkte des Nachtrags

Der Nachtrag zum Gesundheitsgesetz umfasst verschiedene Themenbereiche. Viele davon sind auf Änderungen oder Vorgaben des übergeordneten Bundesrechts zurückzuführen, die der Kanton zwingend übernehmen muss. Obwohl es sich um einen umfangreichen Nachtrag handelt, enthält er keine grundlegenden Änderungen der bewährten Zuständigkeiten von Kanton und Gemeinden.

Keine grundlegenden  
Änderungen

Um den Pflegebedarf in Heimen besser abschätzen zu können und eine übergeordnete Koordination in diesem Bereich zu ermöglichen, kann das Finanzdepartement neue Bedarfsabklärungsinstrumente im Bereich der ambulanten und stationären Versorgung festlegen.

Bedarfsabklärungsinstrumente für  
Einrichtungen

Wer in eigener fachlicher Verantwortung einen Beruf im Gesundheitswesen ausüben will, benötigt eine kantonale Bewilligung. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass hier gewisse Präzisierungen und Ergänzungen notwendig sind. So benötigen beispielsweise neu gesamtverantwortliche Leitungspersonen sowie ihre Stellvertretung in allen Gesundheitsinstitutionen eine Berufsausübungsbewilligung. Zudem erlöschen neue Berufsausübungsbewilligungen nach 12 Monaten, wenn die Berufstätigkeit nicht innerhalb dieser Frist aufgenommen wird.

Berufsausübungs-  
und Betriebsbewilligungen

Schliesslich werden die Regelungen für den Nachweis von Sprachkenntnissen präzisiert.

Die Vorschriften zum Berufsgeheimnis und zu den Meldepflichten und -rechten werden klarer geregelt. Neu können Auskünfte zudem nicht nur an die Angehörigen erteilt werden, sondern auch an eine Lebenspartnerin oder einen Lebenspartner.

Berufsgeheimnis,  
Meldepflichten und  
-rechte, Auskunft an  
Dritte

Bei Krankheiten, die Epidemien verursachen oder schwerwiegende Folgen haben, sieht das Bundesrecht eine Meldepflicht für Ärztinnen und Ärzte, Spitäler sowie andere Gesundheitsinstitutionen gegenüber den Behörden von Bund und Kanton vor. Neu dürfen auch Dritte informiert werden, soweit in solchen Fällen ein hohes Übertragungsrisiko besteht. So können beispielsweise Heime, Schulen oder Kinderkrippen über derartige Krankheiten informiert werden. Das ermöglicht diesen Einrichtungen die notwendigen Schutzvorkehrungen zu treffen. Vor einer Meldung gilt es abzuwägen, ob die Information und damit der Gesundheitsschutz Dritter höher zu bewerten ist als der Schutz der Privatsphäre des Betroffenen. Eine Meldung über eine HIV-, Hepatitis-, Masern- oder Grippeinfektion an eine Schule, ein Heim oder den Arbeitgeber ist ausgeschlossen, weil eine Krankheitsübertragung im Schul-, Heim- oder Arbeitsalltag kaum möglich ist bzw. keine schwerwiegenden Auswirkungen zu erwarten sind. Mit der Anpassung wird eine klare Grundlage geschaffen, um Dritte über ein folgenschweres Ansteckungsrisiko informieren zu können.

Datenbearbeitung  
und -bekanntgabe

Der Regierungsrat kann für den ambulanten Notfalldienst und die Legalinspektion Vereinbarungen mit anderen Kantonen, Institutionen oder Organisationen abschliessen. Damit wird der notwendige Handlungsspielraum für zukunftsfähige Lösungen geschaffen und die Versorgung im Kanton sichergestellt.

Ambulanter Notfalldienst  
und Legalinspektion

Mit dem Inkrafttreten des Gesundheitsgesetzes im Jahr 2016 wurde ein Verbot zum Verkauf und zur Abgabe von Tabakprodukten an Minderjährige sowie ein Werbeverbot für Tabakprodukte, elektronische Zigaretten und alkoholische Getränke eingeführt. In der Praxis hat sich jedoch gezeigt, dass ein Verbot

Sanktionierung bei  
Verstössen gegen  
Werbe- und Verkaufsverbote

allein nicht ausreicht. Neu können Verstösse gegen das Verbot mit Bussen sanktioniert werden.

In der kantonalen Gesetzgebung fehlten bisher ausdrückliche Regelungen zur Spital- und Pflegeheimplanung. Neu werden Vorgaben zum Ablauf und Prozess der Planung eingeführt. Dabei sind die Wirtschaftlichkeit und Qualität der Leistungserbringung, der Zugang der Patientinnen und Patienten zur Behandlung innert nützlicher Frist sowie die Bereitschaft und Fähigkeit der Leistungserbringer zur Erfüllung ihrer Aufträge zu berücksichtigen.

Spital- und Pflegeheimplanung

Um eine wirksame und kostengünstige Versorgung sicherzustellen, hat der Bund medizinische Eingriffe bezeichnet, die in erster Linie ambulant durchgeführt werden müssen. Der Regierungsrat kann zusätzliche Untersuchungen und Behandlungen bestimmen, die primär ambulant zu erbringen sind.

Förderung ambulanter Behandlungen ("Ambulant vor stationär")

Wie bisher können Gesundheitsfachpersonen und Gesundheitsinstitutionen zur Mitwirkung bei der Bekämpfung von übertragbaren Krankheiten verpflichtet werden. Eine solche Mitwirkungsverpflichtung ist nur in einer ausserordentlichen Situation zulässig, die anders nicht bewältigt werden kann. Bisher war das Finanzdepartement zuständig, eine solche Verpflichtung anzuordnen. Neu entscheidet der Regierungsrat darüber. Zur Mitwirkung verpflichtete Personen und Institutionen werden vom Kanton entschädigt, soweit die entstehenden Kosten nicht anderweitig gedeckt sind. Damit werden Mehrfachentschädigungen ausgeschlossen. Die Kann-Formulierung bedeutet nicht, dass der Kanton willkürlich auf eine Entschädigung verzichten könnte.

Mitwirkungsverpflichtung für Gesundheitspersonal

Viele Änderungen ergeben sich aus Vorgaben des übergeordneten Bundesrechts. Soweit eine Aufgabe nicht ausdrücklich einer bestimmten Instanz übertragen wurde, ist das Finanzdepartement für den Vollzug des Gesundheitsgesetzes zuständig (sogenannte Auffangzuständigkeit). In der Praxis hat sich gezeigt, dass damit einzelne Aufgaben nicht stufengerecht zugeordnet sind. Der Nachtrag präzisiert die Zuständigkeiten.

Stufengerechte Zuständigkeiten

Das Bundesrecht (Art. 37 Epidemienverordnung) verpflichtet den Kanton sicherzustellen, dass bei Bedarf Massenimpfungen durchgeführt werden können. Er muss die dafür notwendige Infrastruktur bereitstellen. Bei diesen öffentlichen Impfungen gilt es, der impfwilligen Bevölkerung innert kurzer Zeit einen schnellen Zugang zu einer Impfung zu ermöglichen. Reicht dazu die vorhandene Infrastruktur, wie beispielweise Spitäler, Arztpraxen und Apotheken, nicht aus, muss der Kanton die entsprechende Infrastruktur schaffen. Ein aktuelles Beispiel ist das kantonale Corona-Impfzentrum. Weil diese Aufgabe im geltenden Gesundheitsgesetz keiner bestimmten Instanz zugewiesen ist, war bisher das Finanzdepartement zuständig (Auffangzuständigkeit). Mit dem Nachtrag wird die Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur für öffentliche Impfungen neu ausdrücklich und stufengerecht dem Regierungsrat zugeordnet. Bisher war zudem die Impfung eine gemeinsame Aufgabe von Kanton und Gemeinden. Neu ist dafür einzig der Kanton zuständig.

Öffentliche  
Impfungen

Die Möglichkeit, Impfungen für bestimmte Bevölkerungsgruppen (z.B. Gesundheitspersonal) obligatorisch zu erklären, besteht schon im geltenden Recht und ist insofern **nicht** Bestandteil des Nachtrags zum Gesundheitsgesetz. Das bedeutet, dass der Regierungsrat auch bei einer Ablehnung des Nachtrags zuständig bleibt, ein Impfblogatorium auszusprechen. Ein Impfblogatorium ist kein Impfwang. Ein Impfwang, also eine Impfung gegen den Willen der betroffenen Person, sehen weder das Bundesrecht noch das kantonale Recht vor. Impfungen werden nicht zwangsweise durchgesetzt – dies selbst bei einem Impfblogatorium.

Impfblogatorium  
nicht Teil des Nach-  
trags

Der Nachtrag löst Zusatzkosten aus, die aktuell noch nicht bezifferbar sind. Die Mehrkosten resultieren aus Vorgaben des übergeordneten Bundesrechts (z.B. elektronisches Patientendossier oder Krebsregister), auf welche der Kanton kaum Einfluss nehmen kann.

Folgekosten

## **Vernehmlassung und Diskussion im Kantonsrat**

Vor den Beratungen im Kantonsrat wurde ein öffentliches Vernehmlassungsverfahren über den Nachtrag zum Gesundheitsgesetz durchgeführt. Die Mehrheit der politischen Parteien, Einwohnergemeinden, betroffenen Organisationen und Interessengruppen haben den Nachtrag befürwortet. Abgelehnt wurde einzig eine Änderung der Bestimmung über die Mindestausstattung an Abteilungen im Kantonsspital. Auf diese ursprünglich geplante Änderung wurde in der Folge verzichtet.

Grosse Zustimmung in der Vernehmlassung

Im Kantonsrat wurde die Mindestausstattung an Abteilungen im Kantonsspital ebenfalls diskutiert. Ein Antrag auf Aufhebung der entsprechenden Bestimmung wurde jedoch abgelehnt. Ansonsten gab es keine grösseren Diskussionen. Der Kantonsrat stimmte dem Nachtrag zum Gesundheitsgesetz mit 51 zu 0 Stimmen und 0 Enthaltungen zu.

Einstimmiger Beschluss im Kantonsrat

## **Referendum und Volksabstimmung**

Gegen den Nachtrag zum Gesundheitsgesetz wurde das Referendum ergriffen. Aus diesem Grund findet eine Volksabstimmung über den Nachtrag zum Gesundheitsgesetz statt.

Referendum

Bei Ablehnung des Nachtrags bliebe das geltende Recht in Kraft. Alle Aufgaben und Kompetenzen, die dem Kanton aufgrund von übergeordnetem Bundesrecht zukommen, bleiben in jedem Fall bestehen. Dazu zählt namentlich die Kompetenz des Regierungsrats, ein Impfblogatorium für bestimmte Bevölkerungsgruppen auszusprechen. Die Kompetenz, die Infrastruktur für öffentliche Impfungen bereitzustellen, bliebe bei Ablehnung des Nachtrags beim Finanzdepartement und würde nicht dem Regierungsrat zugewiesen.

Folgen einer Ablehnung

Bei einer Ablehnung des Nachtrags wäre das geltende Gesundheitsgesetz nicht auf dem neusten Stand. Der Vollzug des Gesundheitsrechts wäre wegen Regelungslücken und Unklarheiten erschwert. Das würde zu einem Mehraufwand und zu Verzögerungen führen.

---

## Argumente des Referendumskomitees

### In Kürze

- Wollen Sie zu einer «**öffentlichen**» **Impfung gezwungen** werden können, **ohne** zu wissen, **was** das genau **heisst**?
- Wollen Sie, dass der Regierungsrat Sie zur **Mitwirkung verpflichten** kann, **ohne** Sie für diese **Zwangsverpflichtung entschädigen zu müssen**?
- Wollen Sie, dass **Ihre Gesundheitsdaten** oder diejenigen Ihrer Kinder oder Enkelkinder **an private Personen, private Institutionen** oder gar an den **Arbeitgeber weitergegeben** werden können?

Wenn Sie das nicht wollen, dann stimmen Sie am 28. November 2021 mit **NEIN!**

### Ausgangslage

Angesichts der aktuellen Corona-Politik des Bundes und der Kantone löste die im Gesundheitsgesetz des Kantons Obwalden **vorgesehene Änderung** der Bestimmung in Art. 8 Abs. 2 Bst. c bei **vielen Obwaldnerinnen und Obwaldnern grossen Unbehagen** aus. Der neu formulierte Artikel soll gemäss Gesetzestext wie folgt lauten: Der Regierungsrat kann (...) «**öffentliche Impfungen durchführen lassen** und Impfungen für obligatorisch erklären». Innert 30 Tagen konnten durch die Referendumssteller über 1'200 Unterschriften (notwendig wären 100 Unterschriften) für ein Referendum gegen die Gesetzesumformulierung gesammelt werden. Neben der Impftematik sind aber auch noch **weitere vorgesehene Gesetzesanpassungen** aus Sicht der Referendumssteller **problematisch**.

### Argumente der Referendumssteller

- Wollen Sie zu einer «**öffentlichen**» **Impfung gezwungen** werden können, **ohne** zu wissen, **was** das genau **heisst**?

Neu soll der Regierungsrat gemäss **Art. 8 Abs. 2 Bst. c** die Kompetenz erhalten «**öffentliche Impfungen durchführen zu lassen**». Was das bedeutet ist **unklar** und wird vom Regierungsrat auf Nachfrage **nicht erklärt**, sondern es wird pauschal darauf hingewiesen, dass lediglich Bundesrecht vollzogen werde. Weder Art. 37 der Epidemienverordnung noch Art. 8 Abs. 2 des Epidemien-gesetzes sehen öffentliche Impfungen vor. In diesen Regelungen wird einzig vorgeschrieben, dass die Kantone sich vorbereiten müssen, bei «Bedarf Massenimpfungen» durchführen zu können und sie die diesbezüglich «benötigte Infrastruktur» bereit zu stellen haben. Das Betreiben von Impfzentren ist aus Sicht der Referendumssteller von der bundesrechtlichen Regelung abgedeckt, weshalb der neu beabsichtigte Zusatz **nicht nötig** ist, da er nur zu **Unklarheiten, Unsicherheiten** und **Spekulationen** führt.

- Wollen Sie, dass der Regierungsrat Sie zur **Mitwirkung verpflichten** kann, **ohne** Sie für diese **Zwangsverpflichtung** zu **entschädigen**?

Neu soll der Regierungsrat gemäss **Art. 70b Abs. 2** die Kompetenz erhalten «die Einwohnergemeinden, Personen, welche eine Tätigkeit im Bereich des Gesundheitswesens ausüben, Einrichtungen des Gesundheitswesens und weitere öffentliche oder private Institutionen und Organisationen mit epidemiologischem Fachwissen zur Mitwirkung bei der Verhütung und Bekämpfung von übertragbaren Krankheiten des Menschen zu **verpflichten**». Gemäss Abs. 3 **kann** der Kanton Beiträge **gewähren** für die aufgrund der Mitwirkungspflicht entstandenen Kosten, soweit diese Kosten nicht anderweitig gedeckt sind. Für die Referendumssteller ist es unerlässlich, dass der Regierungsrat resp. der Kanton die **zwangsverpflichteten privaten Personen und Institutionen entschädigen muss**. Wenn jemand vom Regierungsrat verpflichtet wird, dann ist diese Person oder Institution für die ihr dadurch entstanden Kosten **schadlos** zu halten. Alles andere **widerspricht Treu und Glauben**. Die aktuell vorgesehene Regelung, bei der es sich lediglich um eine "**Kann-Vorschrift**" handelt, ist deshalb **abzulehnen**.

- Wollen Sie, dass **Ihre Gesundheitsdaten** oder diejenigen Ihrer Kinder oder Enkelkinder **an private Personen, private Institutionen** oder gar an den **Arbeitgeber weitergegeben** werden können?

Neu ist in **Art. 70c** eine Regelung vorgesehen, die u.a. die **Übermittlung von Personen- und Gesundheitsdaten** beispielsweise an **private Einrichtungen** wie Kinderkrippen ermöglichen soll. Zudem soll es erlaubt sein, in Zukunft den **Arbeitgeber** zu informieren, wenn Einschränkungen von bestimmten Tätigkeiten oder Berufsausübung gemäss Art. 38 Epidemiengesetz verfügt worden sind. Hier geht die beabsichtigte Regelung weit über das im Bundesgesetz vorgesehene Mass hinaus. Es ist darauf hinzuweisen, dass Art. 70c nicht nur für SARS-CoV-2 (Covid-19) gilt. Art. 70c regelt die Weitergabe von sensiblen Daten bei **allen übertragbaren Krankheiten** wie auch etwa HIV oder Hepatitis. Die Weitergabe von **persönlichen Gesundheitsdaten an private Personen** ist aus Sicht der Referendumssteller **inakzeptabel**. Die neue Regelung ist in diesem Umfang **nicht verhältnismässig** und deshalb **abzulehnen**.

### **Abstimmungsempfehlung**

Zu viele Änderungen sind unklar, berücksichtigen nicht die Interessen der Obwaldnerinnen und Obwaldner und gehen weit über das vom Bund geforderte Mass hinaus. Deshalb: **NEIN zu den Änderungen im Gesundheitsgesetz!**

Weitere Argumente und Begründungen finden Sie unter [www.miärstandzämä.ch](http://www.miärstandzämä.ch)

---

## Argumente des Regierungsrats

Aufgrund neuer Vorgaben des Bundesrechts ist es notwendig, das Gesundheitsgesetz **auf den neusten Stand zu bringen**, damit der Kanton seine Aufgaben und den Vollzug effizient wahrnehmen kann.

Notwendige Modernisierung

Die Regelung zum Impfblogatorium wird mit dem Nachtrag zum Gesundheitsgesetz nicht geändert. Weder Kanton noch Regierungsrat erhalten in dieser Hinsicht neue Kompetenzen. Niemand kann zu einer Impfung gezwungen werden.

Impfblogatorium nicht Teil des Nachtrags

Der Kanton ist von Bundesrechts wegen dazu verpflichtet, bei Bedarf öffentliche Impfungen anzubieten. Mit öffentliche Impfungen sind Situationen gemeint, in denen in kurzer Zeit ein grosses Angebot aufgebaut werden muss, welches nicht über die gewohnten Kanäle (z.B. Hausarztpraxen oder Apotheken) organisiert werden kann. Ein aktuelles Beispiel dafür ist das kantonale Corona-Impfzentrum. Bisher war das Finanzdepartement für diese Aufgabe zuständig. Neu wird diese Aufgabe dem Regierungsrat übertragen.

Öffentliche Impfungen

Die Mitwirkungsverpflichtung für Gesundheitspersonal in ausserordentlichen Situationen besteht bereits heute. Im geltenden Recht fehlt jedoch eine Regelung über die Entschädigung. Diese Lücke wird mit dem Nachtrag zum Gesundheitsgesetz geschlossen. Selbstverständlich werden Gesundheitsfachpersonen für ihren Einsatz vom Kanton entschädigt, soweit nicht Dritte dafür aufkommen. Die vom Referendatskomitee geforderte Muss-Bestimmung hätte in verschiedenen Fällen unerwünschte und unsinnige Folgen. So kann beispielsweise der Kanton auch die Gemeinden zur Mitwirkung verpflichten. Der Kanton müsste die Gemeinden entschädigen, obwohl sich der Kanton und die Gemeinden die Kosten schlussendlich je zur Hälfte teilen ("Nullsummenspiel"). Zu denken ist auch an ein Bereitschaftsaufgebot. Bei einer Muss-Bestimmung hätte der Kanton auch dann zwingend einen Beitrag zu leisten, wenn es nicht zu einem Einsatz käme. Mit

Mitwirkungsverpflichtung

der gewählten Kann-Formulierung wird der notwendige Handlungsspielraum für solche Fälle sichergestellt.

Mit dem Nachtrag zum Gesundheitsgesetz wird eine klare Rechtsgrundlage geschaffen, damit der Kanton und Gesundheitsinstitutionen Daten untereinander austauschen können, soweit das für die Bekämpfung von übertragbaren Krankheiten notwendig ist. Ein solcher Datenaustausch ist im öffentlichen Interesse. **Es ist wichtig und notwendig, dass Einrichtungen mit einem hohen Übertragungsrisiko wie Heime oder Schulen über eine folgenschwere Ansteckungsgefahr informiert werden können.** Nur so ist der Schutz von besonders gefährdeten Personen gewährleistet. Selbstverständlich dürfen persönliche Daten nur gezielt und soweit erforderlich bekanntgegeben werden. Sie müssen vertraulich behandelt werden.

Weitergabe von notwendigen Daten im öffentlichen Interesse

Auch wenn der Nachtrag zum Gesundheitsgesetz eine mehrheitlich technische Vorlage ist, besteht Handlungsbedarf. Das Gesundheitsgesetz muss an die Vorgaben des übergeordneten Bundesrechts angepasst werden, damit die Zuständigkeiten innerhalb des Kantons klar sind. **Der Kanton erhält durch den Nachtrag weder im Bereich der Impfungen noch in anderen Bereichen neue Kompetenzen, die er nicht bereits heute hat.**

Fazit

Aus diesen Gründen empfehlen Regierungsrat und der Kantonsrat, die Vorlage anzunehmen.

Empfehlung von Regierungsrat und Kantonsrat

**Ja**

---

## Abstimmungsvorlage

### Gesundheitsgesetz

Nachtrag vom 25. Juni 2021

*Der Kantonsrat des Kantons Obwalden*

*beschliesst:*

#### I.

**Der Erlass GDB 810.1 (Gesundheitsgesetz vom 3. Dezember 2015) (Stand 1. Januar 2020) wird wie folgt geändert:**

*Art. 4 Abs. 1, Abs. 4 (geändert)*

<sup>1</sup> Gemeinsame Aufgaben von Kanton und Einwohnergemeinden sind:

- a. (*geändert*) die Gesundheitsförderung und Prävention, wie namentlich die Drogenbekämpfung und die weitere Suchtmittelbekämpfung;
- b. (*geändert*) die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen;

<sup>4</sup> Der Kanton kann die Erfüllung der Aufgaben nach Absatz 1 durch Vereinbarung mit anderen Kantonen, öffentlichen oder privaten Institutionen und Organisationen sowie weiteren Personen sicherstellen. Zum Abschluss von Vereinbarungen ist der Regierungsrat nach Anhörung der Einwohnergemeinden im Rahmen des Budgets zuständig, sofern die für den Kanton damit verbundenen Ausgaben insgesamt nicht mehr als Fr. 500 000.– oder jährlich Fr. 100 000.– betragen. In allen anderen Fällen ist der Kantonsrat abschliessend zuständig.

*Art. 5 Abs. 3 (geändert)*

<sup>3</sup> Er kann die Erfüllung der Aufgaben nach Absatz 1 Buchstaben b, c, e, f, g, i und k durch Vereinbarung mit anderen Kantonen, öffentlichen oder privaten Institutionen und Organisationen sowie weiteren Personen sicherstellen. Zum Abschluss von Vereinbarungen ist der Regierungsrat im Rahmen des Budgets zuständig, sofern die damit verbundenen Ausgaben insgesamt nicht mehr als Fr. 500 000.– oder jährlich Fr. 100 000.– betragen. In allen anderen Fällen ist der Kantonsrat abschliessend zuständig.

Art. 6 Abs. 1

<sup>1</sup> Den Einwohnergemeinden obliegen in Hauptverantwortung folgende Aufgaben:

- d1. (*neu*) die Sicherstellung der Restfinanzierung gemäss Art. 25a Abs. 5 des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung<sup>1)</sup>;

Art. 8 Abs. 1, Abs. 2

<sup>1</sup> Der Regierungsrat übt die Aufsicht über den Vollzug des Gesundheitsgesetzes aus und ist insbesondere zuständig für:

- m. (*geändert*) den Erlass der Ausführungsbestimmungen zum Vollzug der eidgenössischen Vorschriften über die Zulassung von Leistungserbringern zur Tätigkeit zulasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung und über die Einschränkung der Zulassung; er legt in einem oder mehreren medizinischen Fachgebieten oder in bestimmten Regionen die Höchstzahlen für die im ambulanten Bereich tätigen Ärzte und Ärztinnen gemäss den bundesrechtlichen Vorgaben fest.

<sup>2</sup> Bei Katastrophen und anderen besonderen Vorkommnissen trifft der Regierungsrat, unter sinngemässer Anwendung des Bevölkerungsschutzgesetzes<sup>2)</sup>, des Zivilschutzgesetzes<sup>3)</sup> und des Bundesgesetzes über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten<sup>4)</sup>, alle Massnahmen, die zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung der Bevölkerung erforderlich sind. Er kann insbesondere:

- c. (*geändert*) öffentliche Impfungen durchführen lassen und Impfungen für obligatorisch erklären.

Art. 9 Abs. 2, Abs. 3 (*geändert*)

<sup>2</sup> Ihm obliegt insbesondere:

- b1. (*neu*) die Festlegung der Bedarfsermittlungsinstrumente für die im Bereich der ambulanten und stationären Versorgung von pflege- und betreuungsbedürftigen Personen tätigen Einrichtungen sowie der Anforderungen an das Qualitätsmanagement, soweit dies nicht abschliessend durch das übergeordnete Recht vorgegeben ist;
- d. (*geändert*) die Abwehr von Gesundheitsgefährdungen, insbesondere die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen;

<sup>1)</sup> SR 832.10

<sup>2)</sup> GDB 540.1

<sup>3)</sup> GDB 543.1

<sup>4)</sup> SR 818.101

- e. (*geändert*) die Aufsicht über Personen und Einrichtungen, die Menschen behandeln oder pflegen (Art. 31 ff. und Art. 74 ff. dieses Gesetzes);
- f. (*geändert*) die Erteilung und der Entzug der betreffenden Berufsausübungs-, Assistenten- und Betriebsbewilligungen (Art. 31 ff., Art. 44 ff. und Art. 72 dieses Gesetzes);

<sup>3</sup> Das Finanzdepartement kann Befugnisse auf den Kantonsarzt bzw. die Kantonsärztin, den Kantonsapotheker bzw. die Kantonsapothekerin und den Kantonszahnarzt bzw. die Kantonszahnärztin übertragen.

#### *Art. 15 Abs. 1*

<sup>1</sup> Dem Kantonsarzt bzw. der Kantonsärztin obliegen insbesondere:

- e. (*geändert*) die Ergreifung und Anordnung von Massnahmen gegen übertragbare Krankheiten des Menschen;

#### *Art. 16 Abs. 1*

<sup>1</sup> Dem Kantonstierarzt bzw. der Kantonstierärztin obliegen insbesondere:

- c. *Aufgehoben*
- d. (*geändert*) die Aufsicht über sämtliche Personen und Einrichtungen, die beruflich Tiere behandeln oder pflegen;
- e. (*geändert*) die Erteilung sowie der Entzug der betreffenden Berufsausübungs-, Assistenten- und Betriebsbewilligungen;
- f. (*neu*) die Wahrnehmung sämtlicher Aufgaben gemäss der Heilmittel- und Betäubungsmittelgesetzgebung bei mit der Behandlung oder Pflege von Tieren im Zusammenhang stehenden Tätigkeiten.

#### *Art. 17 Abs. 1 (geändert)*

<sup>1</sup> Dem Kantonsapotheker bzw. der Kantonsapothekerin obliegen, vorbehältlich der Aufgaben des Kantonstierarztes bzw. der Kantonstierärztin, insbesondere:

*Aufzählung unverändert.*

Art. 28 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert)

<sup>1</sup> Den Einwohnergemeinden obliegt die Restfinanzierung gemäss Art. 25a Abs. 5 des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung<sup>5)</sup> für die Krankenpflege in den auf den kantonalen Pflegeheimlisten aufgeführten Pflegeheimen und für Aufenthalte im Akutspital bei fehlender Akutspitalbedürftigkeit.

<sup>2</sup> Die Einwohnergemeinden regeln die Grundsätze der Bestimmung des Restfinanzierungsbeitrags in einem Reglement.

Art. 31 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert)

<sup>1</sup> Eine Berufsausübungsbewilligung benötigt, wer in eigener fachlicher Verantwortung einen Beruf im Bereich des Gesundheitswesens ausübt, der:

b1. (*neu*) unter das Bundesgesetz über die Gesundheitsberufe<sup>6)</sup> fällt;

<sup>2</sup> Der Regierungsrat regelt die Anforderungen an die Gesuchsunterlagen, die Tätigkeit, welche unter der fachlichen Verantwortung und direkten Aufsicht einer Fachperson mit der entsprechenden Bewilligung ausgeübt wird, die Stellvertretung und die erforderlichen Fachkenntnisse in Ausführungsbestimmungen.

Art. 32 Abs. 1 (geändert), Abs. 1a (*neu*), Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (geändert), Abs. 4 (*neu*)

<sup>1</sup> Personen, welche eine bewilligungspflichtige Tätigkeit im Bereich des Gesundheitswesens ausüben und über eine ausländische Berufsausübungsbewilligung oder eine Berufsausübungsbewilligung eines anderen Kantons verfügen, dürfen ihren Beruf gemäss den geltenden internationalen Abkommen und bundesrechtlichen Vorschriften während längstens 90 Arbeitstagen pro Kalenderjahr im Kanton Obwalden ausüben, ohne eine Berufsausübungsbewilligung einzuholen. Einschränkungen und Auflagen ihrer Bewilligung gelten auch für diese Tätigkeit. Diese Personen müssen sich vorgängig beim Finanzdepartement und bei mit der Behandlung oder Pflege von Tieren im Zusammenhang stehenden Tätigkeiten beim Kantonstierarzt bzw. bei der Kantonstierärztin melden.

<sup>1a</sup> Die Voraussetzungen für die Aufnahme der Tätigkeit werden in einem beschleunigten, kostenlosen Verfahren geprüft. Der betreffenden Person wird im Anschluss mitgeteilt, ob sie die Tätigkeit aufnehmen darf.

<sup>5)</sup> SR 832.10

<sup>6)</sup> SR 811.21

<sup>2</sup> Auf Inhaber und Inhaberinnen ausserkantonaler Berufsausübungsbewilligungen gelangt das Verfahren gemäss Absatz 1 und 1a unabhängig von der Dauer der Berufsausübung sinngemäss zur Anwendung.

<sup>3</sup> Keiner Berufsausübungsbewilligung bedürfen fachlich ausgebildete Personen im Angestelltenverhältnis, die unter der fachlichen Verantwortung und direkten Aufsicht einer Fachperson mit einer Berufsausübungsbewilligung der gleichen Berufsgattung stehen. Bei Ärzten und Ärztinnen muss die beaufsichtigende Fachperson über denselben Facharztstitel verfügen.

<sup>4</sup> Für angestellte, unter der fachlichen Verantwortung einer Fachperson mit einer Berufsausübungsbewilligung der gleichen Berufsgattung stehende Personen, welche universitäre Medizinal- oder Psychologieberufe ausüben, ist eine Assistentenbewilligung durch die beaufsichtigende Fachperson einzuholen.

*Art. 33 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (geändert), Abs. 4 (geändert)*

<sup>1</sup> Tätigkeiten, die nicht unter die Bewilligungspflicht gemäss Art. 31 dieses Gesetzes fallen, unterstehen der Aufsicht des Finanzdepartements und bei mit der Behandlung oder Pflege von Tieren im Zusammenhang stehenden Tätigkeiten der Aufsicht des Kantonstierarztes bzw. der Kantonstierärztin, sofern sie:

*Aufzählung unverändert.*

<sup>2</sup> Personen, die eine bewilligungsfreie Tätigkeit gemäss Absatz 1 ausüben, sind gegenüber dem Finanzdepartement oder dem Kantonstierarzt bzw. der Kantonstierärztin auskunfts- und meldepflichtig. Der Regierungsrat regelt die weiteren Modalitäten der Auskunfts- und Meldepflicht bei bewilligungsfreien Tätigkeiten in Ausführungsbestimmungen.

<sup>3</sup> Entsteht im Bereich bewilligungsfreier Tätigkeiten eine Gesundheitsgefährdung, können das Finanzdepartement oder der Kantonstierarzt bzw. die Kantonstierärztin den Verursachenden verbieten, diese Tätigkeiten und Handlungen auszuüben oder weiterhin im Bereich des Gesundheitswesens tätig zu sein. Die betreffende Tätigkeit kann auch lediglich eingeschränkt oder an bestimmte Voraussetzungen geknüpft werden.

<sup>4</sup> Die Verwaltungs- und Strafverfolgungsbehörden sowie die Gerichte teilen dem Finanzdepartement oder dem Kantonstierarzt bzw. der Kantonstierärztin Wahrnehmungen mit, die für ein Verbot erheblich sein können.

Art. 34 Abs. 1 (geändert), Abs. 2, Abs. 4 (geändert), Abs. 4a (neu), Abs. 5 (geändert)

<sup>1</sup> Die Bewilligungsvoraussetzungen für in eigener fachlicher Verantwortung tätige Personen, welche dem Bundesgesetz über die universitären Medizinalberufe<sup>7)</sup>, dem Bundesgesetz über die Psychologieberufe<sup>8)</sup> oder dem Bundesgesetz über die Gesundheitsberufe<sup>9)</sup> unterstehen, richten sich nach Bundesrecht.

<sup>2</sup> Die Bewilligung für die übrigen bewilligungspflichtigen Berufe im Gesundheitswesen wird, sofern das übergeordnete Recht keine abweichenden Vorschriften vorsieht, erteilt, wenn die gesuchstellende Person:

- a. (*geändert*) über die gesetzlich vorgeschriebenen Qualifikationen verfügt;
- c1. (*neu*) die deutsche Sprache beherrscht.
- d. *Aufgehoben*

<sup>4</sup> Der Bewilligungsinhaber bzw. die Bewilligungsinhaberin hat Tatsachen sowie Änderungen, die den Bewilligungsinhalt betreffen, namentlich die Verlegung, die Wiedereröffnung, die Schliessung der Praxis oder des Betriebs sowie den Wegfall von Räumlichkeiten für die Berufsausübung, unverzüglich dem Finanzdepartement und bei mit der Behandlung oder Pflege von Tieren im Zusammenhang stehenden Tätigkeiten dem Kantonstierarzt bzw. der Kantonstierärztin zu melden.

<sup>4a</sup> Der Bewilligungsinhaber bzw. die Bewilligungsinhaberin ist verpflichtet, die Bewilligungsvoraussetzungen stets uneingeschränkt zu erfüllen. Das Finanzdepartement und der Kantonstierarzt bzw. die Kantonstierärztin können jederzeit einen entsprechenden Nachweis verlangen.

<sup>5</sup> Zur Abklärung der Voraussetzungen kann das Finanzdepartement und der Kantonstierarzt bzw. die Kantonstierärztin auch Auskünfte von anderen Bewilligungsbehörden und weiteren Stellen einholen und auf Kosten der gesuchstellenden Person Begutachtungen anordnen.

<sup>7)</sup> SR 811.11

<sup>8)</sup> SR 935.81

<sup>9)</sup> SR 811.21

Art. 35 Abs. 1 (geändert), Abs. 5 (neu)

<sup>1</sup> Für durch das Bundesgesetz über die universitären Medizinalberufe<sup>10)</sup>, das Bundesgesetz über die Psychologieberufe<sup>11)</sup> und durch das Bundesgesetz über die Gesundheitsberufe<sup>12)</sup> geregelte, in eigener fachlicher Verantwortung ausgeübte Tätigkeiten, richtet sich der Entzug der Bewilligung zur Berufsausübung abschliessend nach diesen Erlassen. Die Bewilligung zur Berufsausübung wird bei den übrigen Tätigkeiten im Bereich des Gesundheitswesens entzogen:

*Aufzählung unverändert.*

<sup>5</sup> Sofern die Person mit einer Tätigkeit im Bereich des Gesundheitswesens, welcher die Bewilligung entzogen wird, auch eine Bewilligung eines anderen Kantons besitzt, ist die Aufsichtsbehörde des betreffenden Kantons zu informieren.

Art. 36 Abs. 1

<sup>1</sup> Die Bewilligung erlischt:

- a1. (*neu*) aufgrund der Nichtaufnahme der Berufstätigkeit innert zwölf Monaten seit der Bewilligungserteilung;
- d. (*geändert*) mit dem Erreichen der Altersgrenze von 70 Jahren. In diesem Fall kann die Bewilligung auf Gesuch hin und unter Vorlage eines Arztzeugnisses jeweils um zwei Jahre verlängert werden, wenn die Voraussetzungen erfüllt sind;
- d1. (*neu*) mit dem Ablauf einer Befristung;

Art. 39 Abs. 1 (geändert), Abs. 2

<sup>1</sup> Die Berufspflichten der in eigener fachlicher Verantwortung tätigen universitären Medizinalpersonen richten sich nach dem Bundesgesetz über die universitären Medizinalberufe<sup>13)</sup>, jene der in einem Psychologieberuf in eigener fachlicher Verantwortung tätigen Personen richten sich nach dem Bundesgesetz über die Psychologieberufe<sup>14)</sup> und jene der in einem Gesundheitsberuf in eigener fachlicher Verantwortung tätigen Personen nach dem Bundesgesetz über die Gesundheitsberufe<sup>15)</sup>.

<sup>10)</sup>SR 811.11

<sup>11)</sup>SR 935.81

<sup>12)</sup>SR 811.21

<sup>13)</sup>SR 811.11

<sup>14)</sup>SR 935.81

<sup>15)</sup>SR 811.21

<sup>2</sup> Die Berufspflichten der übrigen Personen, welche eine Tätigkeit im Bereich des Gesundheitswesens ausüben, sind, unter Vorbehalt des übergeordneten Rechts, die Folgenden:

- f. (*geändert*) Sämtliche Personen welche im Gesundheitswesen tätig sind, halten sich bei der Bekanntmachung der Berufstätigkeit, einschliesslich Werbung, an die Grundsätze der Objektivität. Sie muss dem öffentlichen Bedürfnis entsprechen und darf weder aufdringlich noch irreführend sein;
- g. (*neu*) Sämtliche Personen, welche im Gesundheitswesen tätig sind, haben eine Berufshaftpflichtversicherung nach Massgabe der Art und des Umfanges der Risiken, die mit ihrer Tätigkeit verbunden sind, abzuschliessen; ausgenommen sind dem Staatshaftungsrecht unterliegende Tätigkeiten.

#### Art. 39a (neu)

##### Berufsgeheimnis

<sup>1</sup> Personen, welche eine Tätigkeit im Bereich des Gesundheitswesens ausüben, und ihre Hilfspersonen haben über Geheimnisse, die ihnen im Rahmen ihrer Tätigkeit anvertraut worden sind, sowie über Wahrnehmungen, die sie in Ausübung ihrer Tätigkeit gemacht haben, zu schweigen. Hiervon ausgenommen sind im Zusammenhang mit der Behandlung und Pflege von Tieren stehende Tätigkeiten.

<sup>2</sup> Personen gemäss Absatz 1 sind von Gesetzes wegen vom Berufsgeheimnis befreit:

- a. sofern eine Einwilligung des Patienten bzw. der Patientin vorliegt;
- b. bei schriftlicher Entbindung vom Berufsgeheimnis durch das Finanzdepartement;
- c. sofern eine gesetzliche Meldepflicht oder ein gesetzliches Melderecht gemäss Art. 40 dieses Gesetzes besteht;
- d. zur Durchsetzung von Honorarforderungen aus dem Behandlungsverhältnis gegenüber einer zur Eintreibung der Forderungen beauftragten Stelle und gegenüber den gesetzlich vorgesehenen Instanzen;
- e. zur Verteidigung in zivil- und strafrechtlichen Verfahren sowie in medizinischen Staatshaftungsverfahren;
- f. in Disziplinar- und Bewilligungsentzugsverfahren;
- g. für die Unterstützung der Strafverfolgungsbehörden bei Legalinspektionen und Leichenschauen.

<sup>3</sup> Die Befreiung vom Berufsgeheimnis beschränkt sich auf diejenigen Daten, welche im konkreten Fall von Bedeutung sind.

*Art. 40 Abs. 1 (geändert), Abs. 3 (geändert), Abs. 4 (aufgehoben), Abs. 5 (aufgehoben), Abs. 5a. (neu)*

<sup>1</sup> Sämtliche Personen, welche eine Tätigkeit im Bereich des Gesundheitswesens ausüben, sind verpflichtet, aussergewöhnliche Todesfälle sowie Wahrnehmungen und Angaben, die auf eine erhebliche Gefährdung der Bevölkerung, insbesondere auf Verbrechen oder Vergehen gegen die öffentliche Gesundheit hinweisen, unverzüglich der Staatsanwaltschaft oder der Polizei sowie dem Kantonsarzt bzw. der Kantonsärztin, dem Kantonstierarzt bzw. der Kantonstierärztin oder dem Kantonsapotheker bzw. der Kantonsapothekerin zu melden.

<sup>3</sup> Sämtliche Personen, welche eine Tätigkeit im Bereich des Gesundheitswesens ausüben, sind überdies berechtigt, die folgenden Wahrnehmungen und personenbezogenen Angaben zur Erreichung der folgenden Zwecke der Staatsanwaltschaft, der Polizei sowie dem Kantonsarzt bzw. der Kantonsärztin, dem Kantonstierarzt bzw. der Kantonstierärztin oder dem Kantonsapotheker bzw. der Kantonsapothekerin zu melden:

- a. *(geändert)* Verbrechen oder Vergehen gegen Leib und Leben oder die sexuelle Integrität;
- a1. *(neu)* Gefährdungsmeldungen betreffend Personen, bei denen eine erhöhte, gegen Dritte gerichtete Gewaltbereitschaft vorliegen könnte oder
- b. *(geändert)* Heilmittel- oder Betäubungsmittelmisbräuche.

<sup>4</sup> *Aufgehoben*

<sup>5</sup> *Aufgehoben*

<sup>5a.</sup> Vorbehalten bleiben spezialgesetzliche Meldepflichten und -rechte.

*Art. 42 Abs. 1a (neu), Abs. 2 (geändert)*

<sup>1a</sup> Der Regierungsrat kann die Erfüllung der Aufgaben gemäss Absatz 1 sowie die Durchführung von Legalinspektionen durch Vereinbarung mit anderen Kantonen, öffentlichen oder privaten Institutionen und Organisationen sowie weiteren Personen sicherstellen.

<sup>2</sup> Er legt die Tarife für solche Verrichtungen in Ausführungsbestimmungen kostendeckend fest. Er orientiert sich dabei an branchenüblichen, auf eine wirtschaftliche Leistungserbringung ausgerichteten Tarifen.

Art. 44 Abs. 1 (geändert), Abs. 2

<sup>1</sup> Die Errichtung und der Betrieb von Einrichtungen des Gesundheitswesens bedürfen einer Bewilligung.

<sup>2</sup> Es sind insbesondere folgende Betriebsformen zugelassen:

- b. (*geändert*) Pflegeheime, Pflegegruppen, Pflegewohnungen, Sterbehospize und weitere Einrichtungen mit stationärer Langzeitpflege;
- d. (*geändert*) Einrichtungen, die der ambulanten Krankenpflege durch Ärzte bzw. Ärztinnen, Zahnärzte bzw. -ärztinnen und Tierärzte bzw. -ärztinnen dienen;
- f. (*geändert*) weitere Einrichtungen, die nach der Krankenversicherungsgesetzgebung, dem Bundesgesetz über die medizinisch unterstützte Fortpflanzung<sup>16)</sup> oder nach anderen bundesrechtlichen Vorschriften zur Gruppe der Leistungserbringer zählen oder eine kantonale Zulassung benötigen;

Art. 45 Abs. 1

<sup>1</sup> Die Betriebsbewilligung wird erteilt, wenn:

- b. (*geändert*) die gesamtverantwortliche Leitungsperson über eine Berufsausübungsbewilligung verfügt, die das Leistungsangebot des Betriebs fachlich abdeckt, und sie bei der Entscheidung von Fachfragen unabhängig ist. Der Regierungsrat kann für begründete Fälle in Ausführungsbestimmungen Ausnahmen vorsehen, sofern dies mit dem übergeordneten Recht im Einklang steht;
- c. (*geändert*) bei Abwesenheit der gesamtverantwortlichen Leitungsperson die Stellvertretung durch eine fachlich qualifizierte Person, welche über eine Berufsausübungsbewilligung verfügt, sichergestellt ist;

Art. 46 Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (geändert)

<sup>2</sup> Soweit erforderlich erlässt das Finanzdepartement und bei mit der Behandlung oder Pflege von Tieren im Zusammenhang stehenden Tätigkeiten der Kantonstierarzt bzw. die Kantonstierärztin für einzelne Betriebsformen Richtlinien.

<sup>16)</sup>SR 810.11

<sup>3</sup> Für die Beschäftigung von fachlich ausgebildeten Personen im Angestelltenverhältnis unter der fachlichen Verantwortung und direkten Aufsicht einer Fachperson mit einer Berufsausübungsbewilligung der gleichen Berufsgattung sowie für die Stellvertretung gelten die Vorschriften für die bewilligungspflichtigen Berufe im Bereich des Gesundheitswesens sinngemäss. Spitäler und Kliniken benötigen diesbezüglich keine Bewilligung.

*Art. 50 Abs. 5 (geändert), Abs. 6 (geändert)*

<sup>5</sup> Sie ist während mindestens zehn Jahren nach Abschluss der letzten Behandlung aufzubewahren. Vorbehalten bleiben längere Aufbewahrungsfristen gemäss Bundesrecht. Einrichtungen mit öffentlichen Aufgaben bieten Patientendokumentationen nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist dem Staatsarchiv zur Übernahme an. Der Regierungsrat kann in begründeten Fällen in Ausführungsbestimmungen längere Aufbewahrungsfristen vorsehen, wobei er den Interessen der Patienten und Patientinnen angemessen Rechnung trägt.

<sup>6</sup> Bei einer vorübergehenden oder endgültigen Berufsaufgabe und nach dem Tod der behandelnden oder pflegenden Person ist sicherzustellen, dass die Patientendokumentation dem Patienten bzw. der Patientin, unter Wahrung des Berufsgeheimnisses, zugänglich bleibt. Der Datenschutz und die Datensicherheit sind zu gewährleisten.

*Art. 51 Abs. 1 (geändert), Abs. 1a. (neu), Abs. 1b. (neu), Abs. 2 (aufgehoben), Abs. 3 (aufgehoben)*

Elektronisches Patientendossier (Überschrift geändert)

<sup>1</sup> Der Kanton fördert durch geeignete Massnahmen zur Steuerung, Koordination und Förderung der Zusammenarbeit und zur Vernetzung der Gemeinschaften die Etablierung eines elektronischen Patientendossiers im Kanton.

<sup>1a.</sup> Er gewährleistet, dass sich das Kantonsspital einer zertifizierten Gemeinschaft oder Stammgemeinschaft anschliesst und die erforderlichen Strukturen für die Führung eines elektronischen Patientendossiers schafft.

<sup>1b.</sup> Der Regierungsrat entscheidet, auf Antrag des Spitalrats hin, über das Vorgehen im Einzelnen. Er kann, soweit dies erforderlich ist;

- a. Trägerschaften bilden und ausbauen oder sich mittels Vereinbarungen an Trägerschaften anderer Kantone, öffentlicher oder privater Institutionen und Organisationen sowie weiterer Personen beteiligen;
- b. die Organisation und die Vernetzung von Gemeinschaften steuern, koordinieren und fördern;

<sup>2</sup> *Aufgehoben*

<sup>3</sup> *Aufgehoben*

*Art. 52 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (aufgehoben), Abs. 3 (geändert), Abs. 4 (geändert)*

<sup>1</sup> Patienten und Patientinnen bzw. ihre gesetzliche oder vertragliche Vertretung können Einsicht in die sie betreffende Patientendokumentation nehmen, Kopien davon verlangen oder diese im Original ausgehändigt erhalten, sofern sie schriftlich auf die gesetzliche Aufbewahrungspflicht gemäss Art. 50 Abs. 5 dieses Gesetzes verzichten. Als medizinische Unterlagen gelten insbesondere:

c. (*geändert*) Angaben zum klinischen Status;

<sup>2</sup> *Aufgehoben*

<sup>3</sup> Die für die Kontrolle der Rechnungen der ausserkantonalen Spitäler zuständigen Behörden sind berechtigt, im Zusammenhang mit der Spitalfinanzierung zu kontrollieren, ob Personen, die in einem ausserkantonalen Spital behandelt wurden, im Kanton Wohnsitz haben.

<sup>4</sup> Die Einsicht ist unentgeltlich. Für die Ausfertigung von Kopien kann ausnahmsweise eine kostendeckende Entschädigung von maximal 300 Franken verlangt werden. Die Bundesgesetzgebung über den Datenschutz ist sinngemäss anwendbar.

*Art. 53 Abs. 2 (geändert)*

*Auskunft an Dritte (Überschrift geändert)*

<sup>2</sup> Sofern die Umstände nicht auf einen Geheimhaltungswillen schliessen lassen, wird die Zustimmung für behandlungsrelevante Auskünfte zuweisende, vor-, mit- und nachbehandelnde Personen sowie an die nächsten Angehörigen und an den Lebenspartner bzw. die Lebenspartnerin vermutet.

*Art. 61 Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (geändert)*

<sup>2</sup> Die unabhängige Instanz nach Art. 13 Abs. 2 Bst. i des Bundesgesetzes über die Transplantation von Organen, Geweben und Zellen<sup>17)</sup> ist die Ethikkommission gemäss Art. 73 dieses Gesetzes. Entsprechende Gesuche sind mitsamt dem Nachweis der Ausnahmeveraussetzungen an die Ethikkommission zu richten.

<sup>17)</sup>SR 810.21

<sup>3</sup> Dem Kantonsspital obliegen die Aufgaben der kantonalen Koordinationsstelle im Zusammenhang mit Transplantationen. Die fachlich verantwortliche Leitungsperson des Kantonsspitals legt die erforderlichen Fort- und Weiterbildungsprogramme fest.

*Art. 66 Abs. 2 (neu)*

<sup>2</sup> Der Kanton und die Einwohnergemeinden können gemeinsam oder durch die Vergabe von Leistungsaufträgen an Dritte bedarfsgerechte Informations- und Beratungsangebote für betreuungs- und pflegebedürftige Personen bereitstellen.

*Art. 68 Abs. 1 (geändert), Abs. 1a (neu), Abs. 1b (neu), Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (aufgehoben)*

<sup>1</sup> Der Verkauf und die Abgabe von alkoholischen Getränken an Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren sowie der Verkauf von Tabakprodukten, elektronischen Zigaretten und Spirituosen an Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren sind verboten.

<sup>1a</sup> Als Tabakprodukte gelten:

- a. Tabakprodukte zum Rauchen;
- b. Tabakprodukte zum Erhitzen;
- c. Tabakprodukte zum oralen Gebrauch;
- d. pflanzliche Rauchprodukte.

<sup>1b</sup> Bei elektronischen Zigaretten handelt es sich um Geräte, die ohne Tabak verwendet werden und mit denen die Emissionen einer mittels hinzugefügter Energie erhitzten Flüssigkeit mit oder ohne Nikotin inhaliert werden können, sowie um Nachfüllmaterial für diese Geräte.

<sup>2</sup> Der Verkauf von Tabakprodukten und elektronischen Zigaretten durch Automaten ist zulässig, wenn deren Betreiber bzw. Betreiberin durch geeignete Massnahmen den Verkauf an Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren verunmöglicht.

<sup>3</sup> *Aufgehoben*

*Art. 70 Abs. 1 (geändert)*

Plakatwerbeverbot für Tabakprodukte, elektronische Zigaretten und alkoholische Getränke (Überschrift geändert)

<sup>1</sup> Die Plakatwerbung für Tabakprodukte, elektronische Zigaretten und Alkohol ist auf öffentlichem Grund verboten.

*Art. 70a (neu)*

Krebsregister

<sup>1</sup> Der Kanton führt ein Krebsregister.

<sup>2</sup> Der Regierungsrat bestimmt den Betreiber bzw. die Betreiberin des Krebsregisters. Er kann die Registerführung einer innerkantonalen öffentlich-rechtlichen oder privaten Institution, Organisation oder Einrichtung übertragen oder den Anschluss an ein ausserkantonales Krebsregister anordnen.

<sup>3</sup> Führung, Finanzierung und Kontrolle des Krebsregisters werden in einer Vereinbarung zwischen dem Finanzdepartement und dem Betreiber bzw. der Betreiberin des Krebsregisters geregelt.

<sup>4</sup> Der Betreiber bzw. die Betreiberin des Krebsregisters ist berechtigt, im Einzelfall oder im Rahmen eines Abrufverfahrens eine Abgleichung der Daten mit dem Einwohnerregister vorzunehmen. Der Regierungsrat kann Vorschriften über den Datenaustausch im Abrufverfahren erlassen. Der Datenzugriff ist in diesem Fall durch ein Rollen- und Berechtigungskonzept genau zu regeln.

<sup>5</sup> Der Betreiber bzw. die Betreiberin des Krebsregisters gibt den Früherkennungsprogrammen die für die Qualitätssicherung erforderlichen Daten zusammen mit der Versicherungsnummer gemäss der Bundesgesetzgebung über die Alters- und Hinterlassenenversicherung bekannt.

*Titel nach Art. 70a (neu)*

## **8a. Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen**

*Art. 70b (neu)*

Zuständigkeiten

<sup>1</sup> Das Finanzdepartement vollzieht die Massnahmen gemäss der Bundesgesetzgebung über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen, soweit diese Aufgaben nicht ausdrücklich anderen Instanzen übertragen sind.

<sup>2</sup> Der Regierungsrat kann die Einwohnergemeinden, Personen, welche eine Tätigkeit im Bereich des Gesundheitswesens ausüben, Einrichtungen des Gesundheitswesens und weitere öffentliche oder private Institutionen und Organisationen mit epidemiologischem Fachwissen zur Mitwirkung bei der Verhütung und Bekämpfung von übertragbaren Krankheiten des Menschen verpflichten.

<sup>3</sup> Der Kanton kann an die aufgrund der Mitwirkungspflicht gemäss Absatz 2 entstehenden Kosten Beiträge gewähren, soweit diese nicht anderweitig gedeckt sind.

<sup>4</sup> Die Kostentragung richtet sich nach Art. 4 Abs. 2 und 3 dieses Gesetzes.

#### *Art. 70c (neu)*

##### Datenbearbeitung und -bekanntgabe

<sup>1</sup> Den gemäss Art. 70b dieses Gesetzes mit dem Vollzug der Bundesgesetzgebung über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen betrauten Behörden, Personen, Einrichtungen und weiteren öffentlichen oder privaten Institutionen und Organisationen stehen folgende Befugnisse zu:

- a. Bearbeitung und Austausch der für die Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigen Personen- und Gesundheitsdaten;
- b. Übermittlung der notwendigen Personen- und Gesundheitsdaten an Einrichtungen mit einem hohen Übertragungsrisiko, wie insbesondere Kindergärten, Kinderkrippen, Schulen und Behinderteninstitutionen;
- c. Aufforderung der Einrichtungen mit einem erhöhten Übertragungsrisiko zur Übermittlung der notwendigen Personen- und Gesundheitsdaten.

<sup>2</sup> Bei Missachtung von verfügten Einschränkungen einer bestimmten Tätigkeit oder der Berufsausübung gemäss Art. 38 des Bundesgesetzes über die Übertragung übertragbarer Krankheiten<sup>18)</sup> kann das Finanzdepartement den Arbeitgeber bzw. die Arbeitgeberin der betreffenden Person oder die für sie verantwortlichen Stellen über die betreffenden Einschränkungen in Kenntnis setzen.

#### *Art. 70d (neu)*

##### Ausführungsrecht

<sup>1</sup> Der Regierungsrat kann das Nähere in Ausführungsbestimmungen regeln und insbesondere Vorschriften über die Aufgabenverteilung sowie die Datenbearbeitung und -bekanntgabe erlassen.

<sup>18)</sup>SR 81.101

*Titel nach Art. 70d (geändert)*

## **9. Heilmittel und Betäubungsmittel**

*Art. 70e (neu)*

Zuständigkeiten

<sup>1</sup> Das Finanzdepartement und bei mit der Behandlung oder Pflege von Tieren im Zusammenhang stehenden Tätigkeiten der Kantonstierarzt bzw. die Kantonstierärztin vollziehen die Massnahmen gemäss dem Bundesgesetz über die Arzneimittel und Medizinprodukte<sup>19)</sup> und dem Bundesgesetz über die Betäubungsmittel und die psychotropen Stoffe<sup>20)</sup>, soweit diese Aufgaben nicht ausdrücklich anderen Instanzen übertragen sind.

<sup>2</sup> Sie können bestimmte Kontrollbefugnisse speziellen Fachstellen übertragen oder solche beziehen.

*Art. 70f (neu)*

Datenbearbeitung und -bekanntgabe

<sup>1</sup> Das Finanzdepartement und der Kantonstierarzt bzw. die Kantonstierärztin sind zwecks Bekämpfung des Missbrauchs mit gefälschten oder mehrfach beschafften Rezepten sowie des Missbrauchs von Betäubungsmitteln und psychotropen Stoffen zum Austausch folgender Daten betreffend die missbräuchlich handelnden sowie behandelnden Personen mit Apothekern bzw. Apothekerinnen sowie mit Ärzten bzw. Ärztinnen und Tierärzten bzw. -ärztinnen berechtigt:

- a. Name und Vorname sowie Geburtsdatum und Geschlecht;
- b. Adresse, Wohnort und Wohnkanton;
- c. laufende oder abgeschlossene betäubungsmittel-gestützte Behandlung;
- d. Kopie des gefälschten oder mehrfach beschafften Rezeptes.

<sup>2</sup> Der Austausch der Daten ist im Rahmen eines Abrufverfahrens möglich.

<sup>3</sup> Das Finanzdepartement erlässt die erforderlichen Richtlinien betreffend:

- a. die Zugriffsberechtigungen sowie die Sorgfaltspflichten;
- b. die Befugnisse für Erteilung, Aktualisierung und Entzug der Zugriffsberechtigungen;

<sup>19)</sup> SR 812.21

<sup>20)</sup> SR 812.121

- c. die für den Schutz vor unberechtigten Zugriffen erforderlichen technischen Massnahmen;
- d. die Verantwortung für den technischen Betrieb der Plattform.

*Art. 71 Abs. 1 (aufgehoben), Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (neu)*

<sup>1</sup> *Aufgehoben*

<sup>2</sup> Der Regierungsrat erlässt die notwendigen Ausführungsbestimmungen. Er kann insbesondere Vorschriften erlassen über:

- c. (*neu*) die Bewilligungen und Massnahmen gemäss dem Bundesgesetz über die Betäubungsmittel und psychotropen Stoffe und die Behandlungen mit Betäubungsmitteln<sup>21)</sup>.

<sup>3</sup> Er kann mit anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften, öffentlichen oder privaten Institutionen sowie weiteren Personen zusammenarbeiten und entsprechende Vereinbarungen abschliessen.

*Art. 72 Abs. 1 (geändert), Abs. 3 (geändert), Abs. 4 (neu)*

<sup>1</sup> Die Befugnis zur Führung einer Privatapotheke steht Ärzten bzw. Ärztinnen, Zahnärzten bzw. -ärztinnen sowie Tierärzten bzw. -ärztinnen zu, sofern sie über eine Berufsausübungsbewilligung verfügen und Gewähr für fachgerechte Lagerung, Überwachung und Abgabe der Heilmittel bieten.

<sup>3</sup> Die Führung von Privat- und Spitalapotheken bedarf einer Bewilligung durch das Finanzdepartement und bei mit der Behandlung oder Pflege von Tieren im Zusammenhang stehenden Tätigkeiten einer Bewilligung durch den Kantonstierarzt bzw. die Kantonstierärztin. Der Kantonsapotheker bzw. die Kantonsapothekerin nimmt zum betreffenden Gesuch vorgängig Stellung.

<sup>4</sup> Für die unmittelbare Anwendung von Arzneimitteln an eigenen Patienten und Patientinnen sowie für die Abgabe in Notfällen und bei Hausbesuchen ist keine Bewilligung erforderlich.

*Art. 74 Abs. 1 (geändert)*

<sup>1</sup> Das Finanzdepartement, der Kantonstierarzt bzw. die Kantonstierärztin und die Stellen gemäss Art. 9 Abs. 3 dieses Gesetzes gewährleisten eine zweckmässige Aufsicht über sämtliche Berufe und Einrichtungen des Gesundheitswesens und können Betriebskontrollen durchführen.

<sup>21)</sup>SR 812.21

Art. 75 Abs. 1 (geändert)

<sup>1</sup> Das Finanzdepartement, der Kantonstierarzt bzw. die Kantonstierärztin und die Stellen gemäss Art. 9 Abs. 3 dieses Gesetzes treffen die zur Erfüllung der ihnen gesetzlich übertragenen Aufgaben erforderlichen Massnahmen.

Art. 76 Abs. 1 (geändert), Abs. 1a (neu), Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (neu)

<sup>1</sup> Verletzen Personen, welche einen Beruf im Bereich des Gesundheitswesens ausüben, oder Einrichtungen des Gesundheitswesens Bestimmungen dieses Gesetzes oder darauf gestützter Erlasse, können das Finanzdepartement und der Kantonstierarzt bzw. die Kantonstierärztin von sich aus oder auf Antrag anderer Stellen gemäss Art. 9 Abs. 3 dieses Gesetzes Disziplinar-massnahmen anordnen.

<sup>1a</sup> Die Disziplinar-massnahmen für Personen, welche dem Bundesgesetz über die universitären Medizinalberufe<sup>22)</sup>, dem Bundesgesetz über die Psychologieberufe<sup>23)</sup> oder dem Bundesgesetz über die Gesundheitsberufe<sup>24)</sup> unterstehen und ihre Tätigkeit in eigener fachlicher Verantwortung ausüben, richten sich nach Bundesrecht.

<sup>2</sup> Für die übrigen Tätigkeiten können folgende Disziplinar-massnahmen angeordnet werden.

- a. (neu) eine Verwarnung;
- b. (neu) ein Verweis;
- c. (neu) eine Busse bis zu Fr. 20 000.-;
- d. (neu) ein Verbot der Berufsausübung für längstens sechs Jahre;
- e. (neu) ein definitives Verbot der Berufsausübung für das ganze oder einen Teil des Tätigkeitsspektrums.

<sup>3</sup> Eine Busse kann zusätzlich zu einem Verbot der Berufsausübung verfügt werden.

Art. 76a (neu)

Verjährung

<sup>1</sup> Die disziplinarische Verfolgung verjährt zwei Jahre, nachdem das Finanzdepartement vom beanstandeten Vorfall Kenntnis erhalten hat.

<sup>22)</sup> SR 811.11

<sup>23)</sup> SR 935.81

<sup>24)</sup> SR 811.21

<sup>2</sup> Die Frist wird durch jede Untersuchungs- oder Prozesshandlung über den beanstandeten Vorfall unterbrochen.

<sup>3</sup> Die disziplinarische Verfolgung verjährt in jedem Fall 10 Jahre nach dem beanstandeten Vorfall.

<sup>4</sup> Stellt die Verletzung der Berufspflichten eine strafbare Handlung dar, so gilt die vom Strafrecht vorgesehene längere Verjährungsfrist.

<sup>5</sup> Wird gegen eine Person ein Disziplinarverfahren durchgeführt, so können das Finanzdepartement und der Kantonstierarzt bzw. die Kantonstierärztin zur Beurteilung der von dieser Person ausgehenden Gefährdung der öffentlichen Gesundheit ebenfalls Sachverhalte berücksichtigen, die verjährt sind.

#### Art. 76b (neu)

##### Meldungen

<sup>1</sup> Die Verwaltungs- und Strafverfolgungsbehörden sowie die Gerichte informieren das Finanzdepartement und den Kantonstierarzt bzw. die Kantonstierärztin über sämtliche disziplinarrechtlich relevanten Vorfälle und Wahrnehmungen.

<sup>2</sup> Bei Eröffnung eines Disziplinarverfahrens gegen eine Person oder eine Einrichtung, welche über eine Bewilligung eines anderen Kantons verfügt, ist die Aufsichtsbehörde des betreffenden Kantons zu informieren.

#### Art. 77 Abs. 1, Abs. 5 (geändert)

<sup>1</sup> Mit Busse bis Fr. 50 000.–, im Wiederholungsfall bis Fr. 100 000.–, wird bestraft, wer in Verletzung dieses Gesetzes oder darauf gestützter Erlasse vorsätzlich:

- e. (*geändert*) Personen, die unter seiner fachlichen Verantwortung und direkten Aufsicht stehen, Verrichtungen überträgt, die deren berufliche Qualifikation erheblich übersteigen;
- f. (*neu*) die Vorschriften betreffend den Verkauf und die Abgabe von Tabakprodukten und elektronischen Zigaretten sowie betreffend das Plakatverbot für Tabakprodukte, elektronische Zigaretten und alkoholische Getränke missachtet.

<sup>5</sup> Die Strafurteile, die in Anwendung der eidgenössischen und kantonalen Gesundheitsgesetzgebung ergehen, sind nach Eintritt der Rechtskraft dem Finanzdepartement und bei mit der Behandlung oder Pflege von Tieren im Zusammenhang stehenden Tätigkeiten dem Kantonstierarzt bzw. der Kantonstierärztin zuzustellen.

*Art. 78 Abs. 1* (geändert)

<sup>1</sup> Gegen Verfügungen und Entscheide der im Bereich des Gesundheitswesens zuständigen Behörden, wie namentlich der Gemeindeärzte bzw. -ärztinnen, des Kantonsarztes bzw. der Kantonsärztin und des Kantonsapothekers bzw. der Kantonsapothekerin, kann innerhalb von 30 Tagen schriftlich und begründet Beschwerde beim Finanzdepartement erhoben werden.

*Art. 81 Abs. 5* (geändert)

<sup>5</sup> Personen, die vor Inkrafttreten dieses Gesetzes während mindestens drei Jahren einen neu der Bewilligungspflicht unterstellten Beruf in eigener Verantwortung ausgeübt oder eine entsprechende Einrichtung betrieben haben, kann bei genügender Qualifikation die Berufsausübungsbewilligung für höchstens fünf Jahre erteilt werden, auch wenn die gesetzlich geforderten Voraussetzungen nicht erfüllt sind.

## II.

### 1.

**Der Erlass GDB 211.61 (Verordnung betreffend die Einführung des Kindes- und Erwachsenenschutzrechts vom 3. Mai 2012) (Stand 1. Januar 2021) wird wie folgt geändert:**

*Art. 14 Abs. 2* (aufgehoben), *Abs. 3* (geändert)

<sup>2</sup> *Aufgehoben*

<sup>3</sup> Die Einrichtung organisiert mit der Entlassung eine geeignete Nachbetreuung.

*Art. 16 Abs. 1* (geändert)

<sup>1</sup> Die Bestimmungen in Art. 14 bis 19 dieser Verordnung über die Weiterführung der Unterbringung sowie die Nachbetreuung gelten sinngemäss auch für Fälle der Zurückbehaltung freiwillig Eingetretener durch die Einrichtung.

2.

**Der Erlass GDB 817.11 (Verordnung über Friedhöfe und Bestattungen vom 24. Oktober 1991) (Stand 1. Februar 2016) wird wie folgt geändert:**

*Art. 12 Abs. 1 (aufgehoben)*

<sup>1</sup> *Aufgehoben*

3.

**Der Erlass GDB 818.1 (Veterinärgesetz vom 2. Dezember 2010) (Stand 1. Januar 2011) wird wie folgt geändert:**

*Titel nach Art. 26 (geändert)*

## **5. Tiergesundheitsberufe und Tierarzneimittel**

*Art. 27 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (aufgehoben)*

<sup>1</sup> Für die Tiergesundheitsberufe und die Tierarzneimittel gelten die Bestimmungen der Gesundheitsgesetzgebung<sup>25)</sup>. Die betreffenden Aufgaben werden vom Kantonstierarzt bzw. der Kantonstierärztin wahrgenommen.

<sup>2</sup> *Aufgehoben*

*Titel nach Art. 27*

## **6. (aufgehoben)**

*Art. 28*

*Aufgehoben*

*Art. 29*

*Aufgehoben*

<sup>25)</sup> GDB 810.1, GDB 811.11

#### 4.

**Der Erlass GDB 851.1 (Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz vom 28. Januar 1999) (Stand 1. Januar 2020) wird wie folgt geändert:**

*Titel nach Art. 4 (neu)*

### **2a. Spital- und Pflegeheimplanung**

*Art. 4a (neu)*

Spital- und Pflegeheimplanung

<sup>1</sup> Der Kanton gewährleistet eine bedarfsgerechte, wirksame und wirtschaftliche Versorgung der Kantoneinwohner und -einwohnerinnen in Spitälern, Geburtshäusern und Pflegeheimen innerhalb und ausserhalb des Kantons.

#### 5.

**Der Erlass GDB 851.11 (Verordnung zum Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz vom 28. Januar 1999) (Stand 1. Januar 2020) wird wie folgt geändert:**

*Art. 1 Abs. 1*

<sup>1</sup> Der Regierungsrat übt die Aufsicht über den Vollzug des KVG<sup>26)</sup> aus, insbesondere indem er:

- a. (*geändert*) die bedarfsgerechte Spitalversorgung und Versorgung mit Pflegeleistungen festlegt und die entsprechenden Berichte genehmigt (Art. 39 Abs. 1 Bst. d KVG);
- b. (*geändert*) die Spitalliste und die Pflegeheimliste des Kantons erlässt (Art. 39 Abs. 1 Bst. e und Abs. 3 KVG);

*Art. 2 Abs. 1*

<sup>1</sup> Das zuständige Departement vollzieht dieses Gesetz im Zuständigkeitsbereich des Kantons, soweit keine andere Vollzugsbehörde bestimmt ist. Ihm obliegen insbesondere folgende Aufgaben:

- b1. (*neu*) die Spitalplanung und die Pflegeheimplanung zu erarbeiten und die entsprechenden Planungsberichte zu erstellen;

<sup>26)</sup>SR 832.10

*Titel nach Art. 17 (geändert)*

### **3. Spital- und Pflegeheimplanung**

*Art. 17a*

*Aufgehoben*

*Art. 17b (neu)*

Spitalplanung

<sup>1</sup> Das zuständige Departement erstellt eine als Grundlage für die Spitalversorgung dienende Spitalplanung gemäss den Vorgaben der Krankenversicherungsgesetzgebung und verfasst einen entsprechenden Spitalplanungsbericht.

<sup>2</sup> Der Spitalplanungsbericht ist vom Regierungsrat zu genehmigen.

*Art. 17c (neu)*

Spitalliste

<sup>1</sup> Der Regierungsrat erlässt basierend auf der Spitalplanung für die Bereiche Akutsomatik, Psychiatrie und Rehabilitation die nach Leistungsgruppen gegliederte Spitalliste der gemäss der Krankenversicherungsgesetzgebung zugelassenen inner- und ausserkantonalen Spitäler, mit welcher den Spitälern und Geburtshäusern Leistungsaufträge zugesprochen werden.

<sup>2</sup> Die Spitalliste ist im Amtsblatt sowie elektronisch zu veröffentlichen.

<sup>3</sup> Das zuständige Departement kann mit den auf der Spitalliste aufgeführten Spitälern und Geburtshäusern zwecks Konkretisierung der in den Leistungsaufträgen vorgesehenen Bedingungen und Auflagen Leistungsvereinbarungen abschliessen.

*Art. 17d (neu)*

Periodische Überprüfung

<sup>1</sup> Der Regierungsrat sorgt für die periodische Überprüfung der Spitalplanung und der Spitalliste und nimmt bei Bedarf sowie nach erfolgter Anhörung der Betroffenen die erforderlichen Anpassungen vor.

#### *Art. 17e (neu)*

##### Ergänzende Vorschriften

<sup>1</sup> Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten der Spital- und Pflegeheimplanung, insbesondere zu den Voraussetzungen für die Aufnahme von Einrichtungen auf die Spital- und die Pflegeheimliste und zum Verfahren, in Ausführungsbestimmungen.

#### *Art. 17f (neu)*

##### Förderung von ambulanten Behandlungen

<sup>1</sup> Der Regierungsrat kann zusätzlich zu den bundesrechtlichen Vorgaben einen Katalog jener Untersuchungen und Behandlungen festlegen, bei denen die ambulante Durchführung in aller Regel wirksamer, zweckmässiger oder wirtschaftlicher ist als die stationäre.

<sup>2</sup> Es leistet, sobald ein entsprechender Katalog festgelegt worden ist, den Kantonsanteil an die stationären Behandlungskosten lediglich noch in jenen Fällen, in welchen eine stationäre Durchführung aus besonderen Gründen angezeigt ist. Als besondere Gründen sind insbesondere zu erachten:

- a. Vorliegen einer besonders schweren Erkrankung oder einer schweren Begleiterkrankung;
- b. ausgewiesener Bedarf nach einer besonderen Behandlung oder Betreuung;
- c. Vorliegen von besonderen Umständen.

<sup>3</sup> Die Spitäler und Geburtshäuser, welche eine Ausnahme gemäss Absatz 2 geltend machen, haben dem zuständigen Departement die notwendigen Einsichtsrechte in die jeweiligen Patientendokumentationen einzuräumen. Der Regierungsrat kann die weiteren Einzelheiten, insbesondere das Verfahren, in Ausführungsbestimmungen regeln.

#### *Titel nach Art. 17f (neu)*

### **4. Datenlieferung, -bearbeitung und -veröffentlichung**

#### *Art. 17g (neu)*

##### Datenlieferung

<sup>1</sup> Spitäler und Geburtshäuser haben dem zuständigen Departement innert der ihnen angesetzten Frist jene patienten- und betriebsbezogenen Daten unentgeltlich zu liefern, die erforderlich sind für:

- a. die Spitalplanung mitsamt Erstellung der Spitalliste, Vergabe der Leistungsaufträge und Abschluss der Leistungsvereinbarungen;
- b. die Überprüfung der Einhaltung der gesetzlichen Voraussetzungen für die Erteilung des Leistungsauftrags sowie der mit der Leistungsvereinbarung verbundenen Auflagen und Bedingungen;
- c. die Überprüfung der Qualität und der Leistungskosten anlässlich von Vergleichen;
- d. die Rechnungskontrolle im Zusammenhang mit Referenz- und Standorttarifen;
- e. die Prüfung des Kantonsanteils gemäss Art. 49a Abs. 1 KVG;
- f. die Ausübung des Rückgriffsrechts des Kantons gemäss Art. 79a KVG.

*Art. 17h (neu)*

Datenbearbeitung und -veröffentlichung

<sup>1</sup> Das zuständige Departement ist berechtigt, im Rahmen seiner Aufgaben sämtliche hierzu erforderlichen patienten- und betriebsbezogenen Daten zu bearbeiten.

<sup>2</sup> Die Bearbeitung von betriebsbezogenen Daten, wie insbesondere Angaben über Zusatzhonorare, Personalbestand und die fallbezogene Kostenträgerrechnung, ist ohne Anonymisierung zulässig.

<sup>3</sup> Patientenbezogene Daten, wie insbesondere Name, Alter, Geschlecht, Wohnort, AHV-Nummer sowie Art und Umfang der bezogenen medizinischen Leistung, werden anonymisiert erhoben, sofern sie nicht für die Rechnungskontrolle, die Kodierrevision oder die Leistungsstatistik verwendet werden.

<sup>4</sup> Das zuständige Departement ist ermächtigt, unter Wahrung der Geschäftsgeheimnisse, betriebsbezogene Daten der Spitäler und Geburtshäuser in nicht anonymisierter Form zu veröffentlichen, sofern diese von öffentlichem Interesse sind. Patientenbezogene Daten dürfen einzig in anonymisierter Form veröffentlicht werden, wobei keine Rückschlüsse auf natürliche Personen möglich sein dürfen.

*Titel nach Art. 17h (neu)*

## **5. Schluss- und Übergangsbestimmungen**

*Art. 17i (neu)*

Ausführungsbestimmungen

<sup>1</sup> Der Regierungsrat erlässt die zum Vollzug erforderlichen Ausführungsbestimmungen.

### **III.**

**Der Erlass GDB 814.31 (Verordnung zum Bundesgesetz über die Betäubungsmittel und die psychotropen Stoffe [Betäubungsmittelverordnung] vom 25. November 1952) wird aufgehoben.**

### **IV.**

Der Regierungsrat bestimmt, wann dieser Nachtrag in Kraft tritt. Er unterliegt dem fakultativen Referendum.

Sarnen, 25. Juni 2021

Im Namen des Kantonsrats  
Der Ratspräsident: Christoph von Rotz  
Der Ratssekretär: Beat Hug







---

## Empfehlung an die Stimmberechtigten

Regierungsrat und Kantonsrat empfehlen den Stimmberechtigten, am 28. November 2021 wie folgt zu stimmen:

**JA** zum Nachtrag zum Gesundheitsgesetz

Redaktionsschluss: 30. September 2021

Weitere Informationen unter: [www.ow.ch](http://www.ow.ch)

Herausgegeben von der Staatskanzlei Obwalden